



16.12.2020

**Rede des Oberbürgermeisters anlässlich der Einbringung des Haushaltsplans 2021
(Sitzung des Gemeinderats am 16.12.2020)**

Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,
liebe Bürgerinnen und Bürger,
verehrte Pressevertreter,
Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung,
meine Damen und Herren!

Was für eine Anderszeit! Sie wissen alle leider zu genau von was ich rede, denn als ich am 18.12.2019 den Haushalt für dieses Jahr einbrachte dachten wir, dass 2020 ein schwieriges Jahr werden kann. Aber dass es so kommen würde und ein neuartiger Virus im Februar aus Österreich und besonders ab dem 17. März in Deutschland und auch zu weltweiten Verwerfungen mit lokalen Auswirkungen führen würde, das konnte niemand erahnen. Ich möchte heute und jetzt nicht wirklich über COVID-19 reden, kann es aber auch nicht ganz außer Acht lassen. Denn nicht nur im täglichen Leben, sondern auch bei den Finanzen ergeben sich negative Implikationen für 2021 und gravierende Auswirkungen auf den Haushalt des kommenden Jahres mit weitreichenden Folgen und Belastungen.

Dieser Virus offenbarte uns aber auch etliche Punkte in der Administration, die nun deutlich ambitionierter angegangen werden müssen, als bisher geplant. Dazu gehören Bereiche, wie die Digitalisierung der Verwaltung, Radwege, Trennung der Verkehre und das Thema Sicherheit.

Aber zuerst noch ein kleiner Rückblick!

Seit nunmehr einem Jahr arbeitet die Stadtverwaltung Villingen-Schwenningen mit dem Neuen Kommunalen Haushaltsrecht (kurz NKHR) und wir haben bereits unsere ersten Erfahrungen sammeln dürfen.

Wie Sie wissen, wurden einige Maßnahmen aus dem ehemaligen Vermögenshaushalt in den Ergebnis-Haushalt übernommen und die zu erwirtschaftenden Abschreibungen im Sinne einer Generationen-Gerechtigkeit werden sichtbar. Die Umstellung wird jedoch auch nächstes Jahr und in den kommenden Jahren zu zusätzlichen Belastungen und Aufwand bei der Bewertung des Anlagevermögens und Erstellung der Eröffnungsbilanz führen.

Den Haushalt für 2020 verabschiedete der Gemeinderat wie geplant am 29. Januar 2020 mit einem Volumen im Ergebnis-Haushalt von 276 Mio. € Erträge und 299 Mio. € Aufwendungen. Das veranschlagte ordentliche Ergebnis lag somit bei minus 23 Millionen Euro, unser strukturelles Defizit.

Mit Schreiben vom 20. März 2020 erfolgte die Genehmigung des Regierungspräsidiums – allerdings auch mit deutlichen Hinweisen, welche Verbesserungen wir ab diesem Jahr erzielen müssen.

Unter anderem schrieb uns das Regierungspräsidium ins Stammbuch, unser strukturelles Defizit bis Ende der Finanzplanungsperiode 2024 abzubauen, da spätestens dann die liquiden Mittel aufgebraucht und der Haushalt nicht mehr genehmigungsfähig ist. Ich wies in meinem "Kassensturz" zu Beginn 2019 auf die immensen Defizite aus den Vorjahren im Bereich Straßenunterhaltung, Kanalsanierung und Gebäudebestände in zig-facher Millionenhöhe hin.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie ergeben für die Städte, Gemeinden und Landkreise enorme Herausforderungen. Die Umsetzung der von Land und Bund beschlossenen Maßnahmen binden erhebliche personelle und finanzielle Mittel. Diese Anstrengungen geschehen parallel zu der Aufrechterhaltung, der für die Bürger und Bürgerinnen tagtäglich zu erbringenden Leistungen der Daseinsvorsorge.

Im weiteren Verlauf des Jahres 2020 verständigten sich die kommunalen Spitzenverbände mit dem Land über die Verteilung von Soforthilfen sowie auch über Kompensationsleistungen für die Gewerbesteuer und den Ersatz der Pandemiekosten. Dies führte zu Erträgen in Höhe von ca. 18,2 Mio.€. Des Weiteren wurden die Aufwendungen für den Sturm Sabine im Frühjahr in Höhe von 1,0 Mio. € vom Land getragen. Dafür auch dem Land Baden-Württemberg und dem Bund für seine Unterstützung ein Dankeschön!

Bereits bei der Genehmigung war der Haushalt für das vergangene Jahr leider faktisch Makulatur und wir mussten umgehend reagieren. Deshalb konnten viele Projekte nicht umgesetzt werden und eine sofortige Haushaltssperre durch Beschluss des Gemeinderates am 06.05.2020 führte zur Kürzung aller Budgets um 30 % im Ergebnis-Haushalt und rund 20 % bei den Investitionen im Finanzhaushalt. Die haushaltswirtschaftliche Sperre bei den Einzelmaßnahmen brachte im Finanzhaushalt 21,2 Mio. Euro und ca. 12 Mio. Euro im Ergebnishaushalt. Die Verwaltung, alle Ämter, alle Bereiche waren betroffen und haben ihren Beitrag geleistet. Dafür bereits jetzt mein zweites großes Dankeschön. Dies gilt natürlich gleichermaßen auch für den Gemeinderat, der alle Maßnahmen soweit mitgetragen hat. Dann kam die 2. Hälfte mit der Kürzung des ÖPNV-Angebots und weiteren Einsparungen durch die Auswirkungen der Pandemie.

Für das Jahr 2021 legen wir Ihnen nun heute einen Haushaltsentwurf mit folgenden Rahmendaten vor:

Im Ergebnis-Haushalt 2021 ist der Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge 267 Mio. €, der Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen 298 Mio. €. Das ergibt ein veranschlagtes ordentliches Ergebnis von minus 31 Mio. €. Das strukturelle Defizit hat sich scheinbar nicht verbessert, sondern verschlechtert.

Der Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit beträgt 12 Mio. €, die Auszahlungen 46 Mio. € und somit ergibt sich ein veranschlagter Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit von -34 Mio. €.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen würde auf 35 Mio. € festgesetzt. Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen), wird festgesetzt auf 21 Mio. €, der Höchstbetrag der Kassenkredite auf 30 Mio. €. Die Steuersätze (Hebesätze) werden festgesetzt auf 375 bzw. 425 für die Grundsteuer A bzw. B, die Steuermessbeträge für die Gewerbesteuer auf 360 v. H. und bleiben somit unverändert.

Das veranschlagte ordentliche Ergebnis ist für den Haushaltsausgleich relevant. Es ergibt sich aus den Erträgen abzüglich den Aufwendungen. Dieser kann im Jahr 2021 nicht erreicht werden, da ein negatives Ergebnis von 31 Mio. Euro vorliegt. Das Ergebnis hat sich zum Vorjahr um weitere 8 Mio. Euro verschlechtert.

Zwar konnten die Aufwendungen bei den Sach- und Dienstleistungen um 10,4 Mio. Euro reduziert werden. Durch geringere Steuereinnahmen in Höhe von 8 Mio. Euro, weniger Erträge und höhere Aufwendungen im Finanzausgleich Land Baden-Württemberg von 10,4 Mio. Euro und höhere Personalaufwendungen mit 6,3 Mio. Euro führt dies alles zu einer weiteren Verschlechterung des veranschlagten ordentlichen Ergebnisses. Corona bedingte Fehlbeträge beim ordentlichen Ergebnis in den Jahren 2020, 2021 und 2022 können nach Absprache mit der Rechtsaufsicht in späteren Jahren mit dem Basiskapital verrechnet werden. Wir gehen momentan von einem hohen Corona bedingten Fehlbetrag 2021 in Höhe von 14,5 Mio. Euro aus. Insbesondere handelt es sich hierbei um einen Rückgang der Gewerbesteuer mit 7,2 Mio. Euro, Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer mit 2,0 Mio. Euro und ein Rückgang der Schlüsselzuweisungen mit 5,7 Mio. Euro. Durch geringere Gewerbesteuererträge reduziert sich die Gewerbesteuerumlage um 0,7 Mio. Euro. Ich weise jedoch darauf hin, dass dies trotz alledem zu einem Abfluss vom "Girokonto" führt und somit auch fehlende Liquidität mit allen Folgen bedeutet!

Für Investitionen im Bereich Hoch- und Tiefbau werden 28,5 Millionen veranschlagt, die Summe der veranschlagten Verpflichtungserklärungen beläuft sich auf 21 Millionen. Die größten Einzelmaßnahmen bleiben dabei weiterhin die Kitas und Schulen. Sicherheit und Bandschutz stehen immer vor Straßen und Neubauten an erster Stelle. Abzüglich der Zuschüsse, Fördergelder, Investitionszulagen, Sanierungsmittel etc. ergibt sich hier ein Finanzmittelbedarf von 34,1 Millionen €. Zugrunde liegt der Planung ein Paradigmenwechsel, den das NKHR aber sowieso vorsieht. Wir wollen in Zukunft vermehrt mit Budgets und Zielen arbeiten.

Dazu haben Sie ja bereits dieses Jahr eine Anzahl von Konzepten und Strategien beschlossen, wie z.B. zuletzt im Bereich Straßenbau. Auch hier weise ich darauf hin, dass Straßenbau und – Unterhaltung kein Beiwerk, sondern Pflicht ist, über Jahre vernachlässigt wurde und nun auch aktiv angegangen werden muss. Wir werden dazu die vielen Kilometer absolut kaputter Kanäle im Eigenbetrieb Stadtentwässerung sanieren zu haben.

Dies alles mit Inlinerverfahren oder dem teuren aber notwendigen Vollausbau; sprich Straße und Kanal. Dabei will ich unbedingt ganzheitlich vorgehen. Will heißen: Trennung der Verkehre, Entsiegelung der Straßenflächen auf das Notwendige, Parkierung und Stärkung der Aufenthaltswahrnehmung durch viel mehr "Grün", Mobilitäts-Hubs und vieles mehr.

Aufgrund unseres strukturellen Defizits und der Corona-Pandemie entwickelt sich die Haushaltsplanung wie folgt: Die Summe aller Mittelanmeldungen im Ergebnishaushalt 2021 führte zu einem Defizit von 41 Mio. €. Abzüglich der Umsetzung der Vorgaben aus der Klausurtagung des Gemeinderates im Juli in Höhe von 10 Mio. € ergibt sich ein veranschlagtes Gesamtergebnis 2021 im Ergebnishaushalt von - 31 Mio. €. Selbst wenn wir den Corona-bedingten Fehlbetrag in Höhe von 14,5 Mio. Euro abziehen, bleibt uns ein "bereinigter" Ergebnishaushalt für 2021 von -17 Mio. Euro. Diese negativen 17 Mio. Euro entsprechen dem aktuellen strukturellem Defizit und das ist der dauerhaft zu konsolidierende Betrag!

Aus den soeben skizzierten Gründen wurde die Haushaltsstrukturkommission (HSK) bereits im 1. Halbjahr einberufen, mit dem Ziel dem Gemeinderat der Stadt Villingen-Schwenningen und der Verwaltung konkrete Empfehlungen zu geben, wie das strukturelle Defizit im Ergebnishaushalt der Stadt Villingen-Schwenningen ausgeglichen werden kann.

Die HSK tagte nichtöffentlich und auch wenn dies teilweise kritisiert wurde, so halten wir es doch für den richtigen Ansatz. Denn nur, wenn man frei von Fraktionszwängen und frei von der wohlgernekt nachvollziehbar gewünschten Einflussnahme von Interessensgruppen arbeiten kann, entsteht am Ende ein Gesamtpaket mit der Chance unsere Finanzen dauerhaft und nachhaltig solide aufzustellen.

Die Haushaltsstrukturkommission beriet ausführlich in ihren Sitzungen am 19.06., 17.07., 13.11., 25.11. und 07.12. über weitergehende Maßnahmen zur strukturellen Verbesserung des Ergebnishaushaltes. Dies immer vor dem Hintergrund, dass schon die Vorgabe aus der Klausurtagung des Gemeinderates vom 24.07. zur pauschalen Kürzung der Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 20 % im Haushaltsplan 2021 eingeplant ist.

Die Haushaltsstrukturkommission schlägt dem Gemeinderat das nachfolgend aufgeführte Maßnahmenpaket als Gesamtpaket zur Beratung und Beschlussfassung vor:

- Die Digitalisierung der Werbemittel.
- Sukzessive Einsparungen beim Winterdienst.
- Eine schrittweise Erhöhung der Parkgebühren.
- Die Reduktion des Zuschusses an freie Schulträger (umgesetzt).
- Eine Prüfung der Trägerschaft in der Schulsozialarbeit.
- Die Überprüfung des Angebotes und Preise im Bereich der Ganztageschulen, verlässliche Grundschulen, Spätbetreuung und Ferienbetreuung.
- Die Anpassung der Kitagebühren in kleinen jährlichen Schritten auf einen Kostendeckungsgrad von 20% und die Annäherung an den empfohlenen landesweiten Durchschnitt.
- Eine Reduktion der Kosten für Stellenausschreibungen (umgesetzt).
- Ein Effizienzprogramm des Haupt- und Personalamtes für alle Ämter und Dienststellen.
- Die sukzessive Erhöhung der Grundsteuer, Gewerbesteuer und Vergnügungssteuer.

Sowie weitere Aufgabenkritik und Leistungsabbau in den kommenden Jahren. Dabei werden wir zum einen prüfen müssen, welche Standards wir bei den kommunalen Leistungen aufrechterhalten können und wollen. Zum anderen werden wir uns genau anschauen müssen, welche Produkte gesetzlich vorgeschrieben sind, bei welchen die Qualität über dem Standard der Region definiert wurde und welche Leistungen wir als Kommune weiterhin freiwillig erbringen wollen. Denn im Laufe des Konsolidierungsprozesses dieses Jahr haben wir gemeinsam erarbeitet, dass nur ca. 25% des Haushaltes überhaupt frei zu definieren sind. Der verbleibende Anteil ist quasi nicht beeinflussbar, weil vorgegeben durch Gesetze oder Verpflichtungen!

Die positive Stabilisierung des Arbeitsmarktes durch eine Reihe von Maßnahmen, unter anderem auch das Kurzarbeitsgeld, das dieses Jahr erstmals im öffentlichen Dienst vereinbart wurde, half auch uns konkret. Dazu kommt allerdings für uns leider zudem noch die bekannte Fachkräfteproblematik. Wie kommen wir an Mitarbeiter im technischen, im Verwaltungs- und Erzieherinnenbereich?

Hier beschreiten wir 2021 verstärkt neue beziehungsweise bereits angedachte Wege mit den Themen Arbeitgeber-Marke, Social-Media Marketing auf Karriereplattformen und einer Prämie zur Werbung neuer Kollegen im Ingenieurs- und technischen Bereich.

Auch sind für jedes Jahr die tariflichen Steigerungen und Höhergruppierungen in Höhe von ca. +1,5% anzusetzen, weswegen die Personalausgaben um 6,8 Mio. € steigen werden. Darin enthalten ist der Stellenaufwuchs im Bereich des Amtes für Jugend, Soziales, Integration und Sport mit 54 Stellen in Höhe von 2,8 Mio. € für den Bereich der Kindertagesstätten.

Das Effizienzprogramm Personal als ein Teilergebnis der Haushaltsstruktur-Kommission sieht vor, bis einschließlich 2024, dem Ende der Finanzplanungsperiode, 66 Vollzeitäquivalente einzusparen. Dies entspricht einer Summe von circa 4,2 Millionen jährlich und wird durch Digitalisierung, Synergie-Effekte, Einsparungen in der Ablauf- und Aufbauorganisation sowie durch den Abbau von Leistungen erfolgen (müssen).

Ausgenommen von der Vorgabe, keine neuen Stellen zu schaffen, sind dabei drei für uns wichtige Bereiche. Erstens müssen wir auch personell weiterhin in den Bereich Kinderbetreuung investieren. Zweitens gibt es gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben, wie zum Beispiel im Bereich der Gebührenkalkulation durch Übernahme der Abwasserberechnung, die nur mit neuen Stellen zu bewerkstelligen sind. Aufwüchse im Bereich Sicherheit, Aufgabenzuwächse und mehr Fälle je Mitarbeiter, bleiben dabei unberücksichtigt. Das müssen wir wissen und es akzeptieren, wenn wir den Kurs fahren wollen. Da bleibt auch das eine oder andere gern Gesehene dann auf der Strecke, meine Damen und Herren. Drittens werden wir nur neue Stellen beantragen, sofern diese sich selbst tragen oder durch Drittmittel dauerhaft oder für die Zeit der Anstellung refinanziert werden. Insbesondere letztgenannte Stellen sind Voraussetzung für die geplanten Umstrukturierungen im Rahmen des Effizienzprogramms und ich bitte Sie daher explizit, uns auch in diesem Punkt zu folgen. Zuerst erfolgt der Invest, danach die Früchte der Arbeit.

Die Mittel der Ortsverwaltungen werden auf 2021 vorgetragen, die Ansätze bleiben gleich. Auch die Ortschaften haben ihren Beitrag zu einer pauschalen Kürzung gebracht. Ebenso stehen weitere Gespräche mit den OrtsvorsteherInnen an.

Im aktuellen Entwurf, den ich Ihnen heute vorlege, ist keine Erhöhung der Realsteuern für 2021 vorgesehen. In Zeiten der Krise, in der mit zig Hilfspaketen der Wirtschaft unter die Arme gegriffen wird, macht es wenig Sinn diese Kompensationsleistungen direkt wieder über erhöhte Hebesätze abzuschöpfen. Die gebeutelten Bereiche hätten zudem sicher wenig Einsicht zur gefühlten Unzeit mehr zahlen zu müssen.

Wie in der HSK besprochen, werden und müssen aber auch Gewerbesteuer / Grundsteuer / Vergnügungssteuer / Hundesteuer etc. Teil des Gesamtpaketes zur Konsolidierung sein und sind demnach in der Finanzplanung ab dem Jahr 2022 hinterlegt. Alle müssen beteiligt werden, denn bisher hatten auch alle davon partizipiert.

Im Haushaltsjahr 2021 sind wie gesagt jetzt neu Abschreibungen in Höhe von ca. 16,3 Mio. € veranschlagt. Diese Summe werden wir nicht erwirtschaften, dürfen dies in den Folgejahren aber als Ziel nicht aus den Augen verlieren. Zukünftig werden wir auch hieraus weitere Investitionen gegenfinanzieren können.

Dieses Jahr werden wir die Investitionen abzüglich Grundstücksverkäufe und Zuschüsse im Finanzhaushalt komplett über Kredite mit historisch niedrigem Zinssatz finanzieren können. Die steigenden Zinszahlungen belasten aber wiederum das Ergebnis, dies ist also keine generationengerechte Lösung für die Zukunft. Nur weil uns der Bund und die EZB das vormacht, ist es jedoch auf Dauer niemals eine Lösung des Problems, sondern der Anspruch muss ein anderer sein.

Wir sind dieses Jahr mit einem Kassenstand von ca. 70 Mio. € gestartet. Das strukturelle Defizit von weiterhin mind. 17 Mio. € jedes Jahr führt zu einer rapiden Abnahme unserer verfügbaren Mittel. In der Finanzplanung bis 2024 ergibt sich daraus eine Neukreditaufnahme von insgesamt ca. 80,0 Mio. € und einer Liquiditätsreserve von dann, also 2024, nur noch 19 Mio. €.

Meine verehrten Stadträtinnen und Stadträte, meine Damen und Herren Führungskräfte, diese Zahlen verdeutlichen mehr als alles andere den dringendsten Handlungsbedarf. Neue Schulden, da wir ja weiter investieren wollen und abnehmende Liquidität, da wir weiterhin über unsere Verhältnisse konsumieren. Das bedeutet: Die Schere geht immer weiter auseinander und zeigt den akuten Handlungsbedarf! Das muss sich ändern und zwar ab jetzt!

Auch zur konjunkturelle Entwicklung möchte ich ein paar Takte sagen. Vor einem Jahr sprachen wir über eine mögliche Eintrübung der Konjunktur. Was wir jetzt haben, ist eine ausgewiesene Krise, auch wenn es in den vergangenen Monaten viele Maßnahmen zur Unterstützung gab. Der Bund, das Land und auch wir als Stadt Villingen-Schwenningen haben versucht, die Folgen für besonders betroffenen Branchen abzumildern, jedoch wird dies nicht auf lange Sicht haltbar sein.

Das hängt unter anderem mit der Frage zusammen, wie lang und wie intensiv der nächste Lockdown die Wirtschaft betreffen wird. Alle großen Wirtschaftsinstitute gehen in ihren Prognosen von einem realen Rückgang des BIP von mindestens 5 % aus. Was wir auch sehen, ist das eine mögliche Erholung in den nächsten Quartalen eher einer U- denn einer V-Kurve entspricht. Im besten Fall könnte ein Wurzelsymbol entstehen, wenn man den Augen glauben darf. Vom Niveau her sind wir betroffen wie bei der letzten Wirtschaftskrise 2008 / 2009 und wir hoffen und stellen alle Weichen, dass der Aufschwung abermals so schnell gelingt. Der Abschwung der Automotiv-Branche durch den verordneten Strukturwandel wirkt sich in der Region massiv aus. Der Maschinenbau verzeichnete preis- und saisonbereinigt im 2. Quartal ein Umsatzminus von 8,4 %. Im 3. Quartal ist eine weiterhin negative Entwicklung zu verzeichnen. Die Auslandsaufträge im verarbeitenden Gewerbe gingen im 2. Quartal drastisch zurück; ergo im Vergleich zum Vorjahr um 31,5 %! Der erneute Lockdown wird in diesen gerade genannten Bereichen nicht so stark Einfluss nehmen, jedoch der Einzelhandel war und wird jetzt an die Grenzen des Möglichen kommen. Unsere Cluster sind genau davon betroffen und das werden wir alle merken!

In einer Zeit voller Einschränkungen trifft es die Bürgerinnen und Bürger in vielen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens hart. Leider ist auch der Haushaltsplanentwurf 2021 geprägt von der Corona-Pandemie und den durch sie ausgelösten zusätzlichen finanziellen Belastungen. Mit dem Haushaltsplanentwurf 2021 legen wir trotzdem ein umfangreiches Maßnahmen- und Investitionspaket vor. Darin sind auch nicht nur Gewinnerthemen abgebildet, aber ein Weiter so – kann und wird es nicht geben dürfen, da bitte ich alle Außenstehenden um Verständnis.

Ich freue mich daher auf die Haushaltsberatungen im Januar und Februar 2021. Für Fragen zum Haushalt stehen wir und natürlich Herr Kech mit den Experten aus der Kämmerei zur Verfügung.

Diese Vorfremde möchte ich verbinden mit einem eindringlichen Appell an Sie, meine Damen und Herren Gemeinderäte: Wir leben aktuell in unruhigen Zeiten. Corona und Haushaltsdefizit zusammen, diese zwei Baustellen schaffen wir nur gemeinsam. Denn der Gemeinderat ist nicht ein Kontroll- sondern ein Gestaltungsgremium. Der Haushaltsplan ist das höchste Recht und Gut über das Sie entscheiden dürfen und müssen.

Ungeachtet aller politischen Überzeugung bitte ich Sie um einen pragmatischen und lösungsorientierten Ansatz in den Beratungen.

Ungeachtet der anstehenden Wahlkämpfe für Land- und Bundestag bitte ich darum, das Thema Haushalt, wie bisher auch, nicht auf dem Rücken der Verwaltung zu instrumentalisieren. Unabhängig der negativen Auswirkungen auf unsere Bürgerschaft, Wirtschaft und das gesellschaftliche Leben, bitte ich Sie bei den Wünschen, die aufkommen, zu Bedenken – wenn wir jetzt nicht handeln, werden die Einschnitte später umso heftiger ausfallen (müssen).

Ihnen allen einen herzlichen Dank für das konstruktive Miteinander und geruhsame Feiertage in dieser Anderszeit.

Passen Sie auf sich auf und bleiben Sie gesund!

Ihr

Jürgen Roth